

Akademie auf Zeit Solidarische Ökonomie

Arbeitsgruppe 3 und 4

Wirtschaftliche Selbsthilfe Commons und Genossenschaften

Wolfgang Fabricius

Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkung.....	1
2. Erste Gründungen von „neuen“ Genossenschaften.....	3
3. Die dritte Säule der Arbeiterbewegung	7
4. Weimarer Republik.....	11
5. Drittes Reich.....	12
6. Genossenschaften nach 1945.....	13
6.1. BRD.....	13
6.2. DDR.....	15
6.3. Genossenschaften nach 1989	16
7. Aktuelle Situation der Genossenschaften in Deutschland.....	17
8. Schlussbetrachtung.....	21

1. Vorbemerkung

Individuelle Werte reichen ... nicht aus, um alle mit den Gemeinschaftsgütern (commons) verbundenen Probleme zu lösen. Die Bürger brauchen auch Institutionen, die den Aufbau von Reziprozität, Vertrauen und Vertrauenswürdigkeit erleichtern.

Elinor Ostrom [1]

Da Staaten im Zeitalter der Globalisierung und der Dominanz der Finanzmärkte nur noch sehr eingeschränkt Reziprozität gewährleisten können, müssen die Bürger auf der lokalen, regionalen und auch der globalen Ebene eigene ökonomische Strukturen errichten, um ihr Überleben solidarökologisch zu sichern.

Die Globalisierung hat einerseits durch mächtige Kapitalansammlungen und entsprechende Verschuldung die Autonomie der Staaten und den sozialen Schutz der Bürger tendenziell aufgehoben, hebt aber andererseits auch ausschließlich nationales Denken auf und räumt uns die Chance ein, über die nationalen Grenzen hinaus den Globus als gemeinsame Ressource (Commons) von Mensch und Natur zu empfinden, kooperativ zu nutzen und zu pflegen. Politischer Ausdruck dieses Verständnisses von globaler Gemeinsamkeit und Verantwortung ist beispielsweise das Weltsozialforum, das auf kontinentaler und nationaler Ebene Unterstützung findet. Das Weltsozialforum, das Europäische und das Amerikanische Sozialforum sowie 380 weitere Organisationen aus 41 Ländern unterstützen die Initiative World Assembly of Inhabitants (WAI), die einen gemeinsamen globalen unabhängigen Raum der Solidarität (Common Global Space of Solidarity) schaffen will.

Als Gemeinschaftsgüter oder Commons können alle Ressourcen und alle vom Menschen entwickelte Infrastruktur verstanden werden, also auch alle Bereiche der Technik und des Wissens. Die direkte Kommunikation mittels Internet vermag, neben allen Gefahren der Kontrolle und der Manipulation, die Position der Menschen gegenüber den politischen und ökonomischen Hierarchien zu stärken.

Damit aber zielgerichtet gehandelt werden kann und auch die Gemeingüter, soweit sie sich bereits in den Händen des Kapitals befinden, wieder in gemeinschaftliches Eigentum überführt werden können, muss eine basisdemokratische Entscheidungsstruktur gefunden werden, die alle Teilbereiche gesellschaftlichen Handelns zu integrieren vermag.

Grundsätzlich ist jeder Mensch sowohl Abnehmer als auch Anbieter, Konsument und Produzent von Leistungen und Produkten. In früheren Zeiten hat die Familie und die familiäre Gemeinschaft noch alles selbst hergestellt, was benötigt wurde. Mit der Verfeinerung der Fähigkeiten und Techniken bildete sich jedoch zunehmend eine Arbeitsteilung heraus. Um über den Bereich der familiären Gemeinschaft hinaus Arbeitsteilung möglichst einfach zu gestalten, bedurfte es für die erbrachten Leistungen eines Wertäquivalentes, das es beispielsweise dem Schuster und Bäcker erlaubte, ihre nicht wertäquivalenten Produkte zu tauschen. Es wurde das Geld erfunden.

Die Rationalisierung und Automatisierung der Arbeitsabläufe sowie die Globalisierung des Kapitals und der Produktion hat diesen Tauschprozess für den Einzelnen zunehmend intransparent gemacht. Die Zahl der Zeitarbeiter, Wanderarbeiter und Freelancer nimmt zu. Das Arbeitgeber-/Arbeitnehmerverhältnis relativiert sich, der Arbeitgeber ist nicht mehr der Eigentümer des Unternehmens, sondern selbst Arbeitnehmer. Insofern kann sich der Mensch heute immer mehr als anonymen Anbieter von Leistungen und Produkten für anonyme Abnehmer auffassen. Formalisiert lässt sich sagen: Erbringt jemand für die Gesellschaft eine Leistung, verschuldet sich die Gesellschaft bei ihm und händigt ihm dafür Schuldscheine in Form von Geld aus oder überweist ihm den entsprechenden Betrag als Buchgeld auf sein Konto.

Erbringt nun ein Mensch beispielsweise in seinen jungen Jahren mehr Leistungen für die Gesellschaft, als er von ihr benötigt, bildet sich bei ihm ein Schuldschein-/Gelddepot, das er für spätere Zeiten, wenn seine Leistungsfähigkeit nachlässt, sichern will. Er kann entscheiden, ob er dieses Geld im Sparstrumpf aufbewahrt, Wohneigentum erwirbt, eine Lebens- oder Altersversicherung abschließt, es zur Bank bringt, an der Börse einsetzt, über Fonds spekuliert usw..

Sobald er das Geld in die Hände anderer gibt, wird er Gläubiger, der Gefahr läuft, dieses Geld nicht wiederzusehen. Es kommen andererseits auf diesem Wege auch Geld- bzw. Kapitalakkumulationen zustande, die über die entsprechenden Investitionen katastrophale Verschuldungen verursachen können und letztendlich - wie wir derzeit sehen - mit dieser wachsenden Kreditexpansion das gesamte Währungs- und Wirtschaftssystem bedrohen.

Jeder Anleger, speziell der, der eine kapitalgedeckte Alterssicherung finanziert, muss also genau überblicken und mitentscheiden können, was mit seinem Geld geschieht. Er sollte mit seiner Investition Miteigentümer der Institution werden, die sein Geld erhält. Diese Institution sollte nach Möglichkeit Leistungen anbieten und Produkte herstellen, die er selbst benötigt. Diese Möglichkeit boten Genossenschaften, die zumindest ursprünglich Profite strikt ablehnten. Sie entstanden - als praktizierter Antikapitalismus - schon in sehr frühen Zeiten des Kapitalismus, entwickelten sich in der zweiten Hälfte des vorletzten und ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts zu mächtigen Organisationen, öffneten sich aber in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts mit dem Mainstream der Zeit zunehmend neoliberalen Ideologien und Praktiken.

Eine gewisse Rückbesinnung auf die eigentliche Funktion der Genossenschaften findet zur Zeit jedoch - nicht zuletzt im Rahmen der Commons-Diskussion und der Peer-Ökonomie - statt. Es entstehen neue gemeinschaftliche Projekte insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge, in deren Infrastruktur das Geld besser investiert ist, als es den Hasardeuren auf den Finanzmärkten anzuvertrauen, die damit diese Infrastruktur erwerben, um über steigende Preise die Renditen zu steigern.

Es wird einerseits darüber geklagt, dass der Gesellschaft die Arbeit ausginge, aber die Zahl der auf dem ersten Arbeitsmarkt geleisteten Arbeitsstunden hat nicht abgenommen. Andererseits wird neuerdings wieder von Verbrauchermacht gesprochen: Unsere Arbeitslosen sind zwar keine Produzenten auf dem ersten Arbeitsmarkt mehr, aber sie sind Verbraucher geblieben und stellen ein enormes Arbeitskräftepotential dar, das sie in ihrer physischen und kulturellen Selbstversorgung einsetzen könnten und

auch beginnen einzusetzen. Was sich hier an Aktivitäten entfaltet hat und weiter zu entfalten beginnt, ist wesentlicher Bestandteil dieses Textes. Die Integration dieser Entwicklung in den Prozess der World Assembly of Inhabitants (WAI) soll Thema des nächsten deutschen und europäischen Sozialforums sein.

Bei dem vorliegenden Text handelt es sich nicht um eine lückenlose und minutiöse Darstellung der genossenschaftlichen Historie, sondern um die Herausarbeitung der unter heutigen Aspekten relevanten politischen Intentionen der wirtschaftlichen Selbsthilfe und der Einflussnahme interner und externer Kräfte auf diese Selbsthilfe.

2. Erste Gründungen von „neuen“ Genossenschaften

Wie viele urzeitliche Gemeinschaften lebten auch die Germanen zum Teil in genossenschaftsähnlicher Form. Zu Zeiten des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation gab es in Deutschland in der Erkenntnis, dass genossenschaftliche Nutzung von Grund und Boden (Allmende, Commons) für alle vorteilhafter ist, in ländlichen Regionen Mark-, Deich- und Holzgenossenschaften. Juristisch handelte es sich um personenrechtliche Zusammenschlüsse, die durch Selbstverwaltung und Verantwortung der Mitglieder für das Schicksal des Verbandes geprägt waren. Elinor Ostrom hat einige Restbestände solcher Genossenschaften in den Ländern verschiedener Kontinente beschrieben[2].

In den Städten gab es die Zünfte, die ihre Mitglieder in allen menschlichen Beziehungen d.h. gesellschaftlich, politisch, militärisch, sittlich und religiös erfassten. Durch eigene Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit sowie Reglementierung der Arbeitsweise und Arbeitszeit wurde ein nahezu totalitärer Anspruch gegenüber dem Individuum erhoben[3]. Diese Zwänge wurden durch die bürgerlichen Revolutionen gesprengt. Die Industrialisierung und der Kapitalismus konnten sich frei entfalten.

Auch die Leibeigenschaft wurde aufgehoben. Es wurde jedoch versäumt, den Bauern das für ihren Lebensunterhalt notwendige Land zu geben, sodass sie als Lohnarbeiter in die Industriezentren strömten und dort in heute unvorstellbarer Armut lebten[4]. Wohnraum war nur äußerst begrenzt vorhanden, die finanzierbaren Lebensmittel waren von äußerst miserabler Qualität und mussten oft vom eigenen Arbeitgeber zu übersteuerten Preisen erworben werden. Diese Lebensmittelpfuschereien bestanden beispielsweise darin, dass Mehl mit Gips, Brot mit Sägemehl, Milch mit Wasser, Kaffee mit Sand gestreckt, Fisch mit Rindsblut aufgefrischt, Nudeln mit Urin gefärbt, Schokolade aus Hammelfett hergestellt wurde etc.

Selbst Engels beklagt diesen Zustand: *„Kakao wird sehr häufig mit feiner brauner Erde versetzt, die mit Hammelfett gerieben ist und sich dann mit dem echten Kakao leichter vermischt. Tee wird mit Schlehenblättern und anderem Unrat vermischt, oder ausgebrauchte Teeblätter werden getrocknet, auf kupfernen heißen Platten geröstet, damit sie wieder Farbe bekommen, und so für frisch verkauft. Pfeffer wird mit Staub von Hülsen usw. verfälscht; Portwein wird geradezu fabriziert (aus Farbstoffen, Alkohol usw.), da es notorisch ist, daß in England allein mehr davon getrunken wird, als in ganz Portugal wächst.[5]“*

Quasi parallel zur Entfaltung des Kapitalismus haben sich aus all diesen Gründen bereits im 18. Jahrhundert zunächst sehr schwache, aber mit der Zeit auch deutlich wahrnehmbare Gegenkräfte etabliert, die nicht die Optimierung der Produktion, sondern die Optimierung der Reproduktion ins Auge fassten. Es wurden - als Selbsthilfeeinrichtungen der Verbraucher - in allen Bereichen der Daseinsgestaltung und -vorsorge Konsumvereine und -genossenschaften gegründet.

Zu diesen Einrichtungen der wirtschaftlichen Selbsthilfe führt Klaus Novy aus: *„Wie schon Marx und Engels (1847/48) im "Kommunistischen Manifest" herausstellten, beschränkte sich die Ausbeutung nicht auf den Bereich der Produktion: "Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten soweit beendet, daß er seinen Arbeitslohn bar ausgezahlt bekommt, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw." [6]. Und damit sind die*

Ansatzpunkte der wirtschaftlichen Selbsthilfe der Arbeiter auch schon genannt:

- *Wohnungsbaugenossenschaften*
- *Konsumgenossenschaften*
- *Spar- und Kreditvereine, Hilfskassen.*

In allen Fällen übernimmt die Gruppe der Mitglieder und Kunden als Gemeinschaft auch die andere Marktrolle: Vermieter und Mieter, Händler und Kunde, Kreditgeber und Kreditnehmer sind „eins“ (Identitätsprinzip).“ [7]

Nach Hasselmann [8] werden als Pioniere der neuen Genossenschaftsbewegung die Werftarbeiter von Chatham und Woolwich angesehen, die bereits 1760 eine eigene Mühle und eine eigene Bäckerei betrieben. Sie wollten die Preise beeinflussen und dadurch die Lebenshaltungskosten ihrer Mitglieder senken.

Das gleiche Ziel durch gemeinsamen Wareneinkauf zu erreichen, wurde von Webern aus Fenwick in Schottland versucht, die sich 1769 zusammenfanden, um die wichtigsten Nahrungsmittel für ihre Familien gemeinsam einzukaufen.

Weitere drei Lebensmittel-Assoziationen - zwei schottische und eine englische - die offensichtlich auch schon je einen Laden betrieben, sind aus der Zeit von 1777 bis 1800 bekannt.

Die 1812 in Lennoxton in Schottland gegründete *Friendly Victualling Society* verdient besondere Erwähnung, da sie wohl die weltweit erste Genossenschaft ist, die das Rückvergütungssystem eingeführt hat. Dieses System ist möglicherweise der entscheidende Grund, dass diese Genossenschaft nicht - wie viele andere - gescheitert ist, sondern 153 Jahre existierte, bis sie 1965 mit einer Nachbargenossenschaft verschmolzen wurde.

Robert Owen führte 1799 in seiner Baumwollspinnerei in New Lanark (Schottland) ein Experiment für menschenwürdigere Arbeitsbedingungen durch. Er verkürzte die Arbeitszeit auf 10,5 Stunden, richtete eine Kranken- und eine Altersversicherung ein. Die Güter des täglichen Bedarfs wurden auf dem Firmengelände zu niedrigen Preisen gehandelt. Die Arbeit von Kindern unter 10 Jahren war verboten und es wurde eine Schule für Kinder ab 2 Jahren errichtet. Für seine Arbeiter ließ er preiswerte Wohnungen bauen und schuf so zahlreiche kleine Arbeits- und Lebensgemeinschaften, in denen es keine Not und Ausbeutung, keine Ungleichheit und Unfreiheit mehr gab und der Einzelne sich frei zur Persönlichkeit im Dienst der Gesellschaft entwickeln konnte.

Nur waren diese Einrichtungen nicht Eigentum dieser Lebensgemeinschaften und als Owen 1825 England verließ, verkaufte er seinen gesamten Besitz, um in den USA in größerem Rahmen mit dem Siedlungsprojekt *New Harmony* seine Ideale umfangreicher zu verwirklichen. Lanark zerfiel, aber auch das Projekt *New Harmony* scheiterte an internen Problemen. Für Konsumgenossenschaften hatte Owen allerdings nichts übrig, er hat sie sogar als Verfälschung seiner Ideen bezeichnet.

Die erste konsumgenossenschaftliche Bewegung wurde 1827 von dem Arzt William King und seinem Freund William Bryan mit der *Co-operative Trading Association* im südenglischen Badeort Brighton ins Leben gerufen. Von ihnen wurde die erste Genossenschaftszeitung der „Co-operator“ gegründet. Die Genossenschaften zerfielen jedoch alle wieder in den 1830er Jahren, weil sie weder niedrigere Preise noch Rückvergütung anboten und so die Mitglieder keinerlei Vorteile hatten. Erstaunlich ist deshalb, dass sich auf dieser Basis etwa 300 Genossenschaften gegründet hatten.

1832 gründeten Weber in Rochdale auf der Basis von Kings Ideen die *Rochdale Friendly Cooperative Society* und eröffneten ein Jahr später einen Genossenschaftsladen, der jedoch 2 Jahre später wieder geschlossen werden musste, weil sie ihrer Kundschaft Kredit gewährten und dann selbst kein Geld mehr hatten um einzukaufen. Sie hätten jetzt selbst bei einer Bank Kredit aufnehmen können und so die Kreditexpansion weitertreiben können, haben aber den Weg der Schließung gewählt.

1844 wurde dann von 28 dieser Weber, den Redlichen *Pionieren von Rochdale (Rochdale Society of Equitable Pioneers)*, auf der Basis der Erkenntnisse aus ihren eigenen und ihrer Vorgänger Versuche mit einem überarbeiteten Konzept ein neuer Laden eröffnet. 6 von ihnen hatten bereits bei den

gescheiterten Versuchen von Robert Owen mitgewirkt. Die Weber waren Chartisten. Die Chartistenbewegung, die in England von 1836 bis 1848 bestand, war die erste sozialistische Vereinigung, die in teilweise blutigen Kämpfen versucht hatte, die politische Macht durch die Arbeiter zu erringen. Diese Niederlagen nahmen die Weber zum Anlass, andere Formen der Selbsthilfe zur Verbesserung ihrer Lage zu erproben.[8]

Redlich nannten sich die Pioniere, weil sie nicht wie frühere Genossenschaften Waren auf Kredit abgaben und dadurch zahlungsunfähig wurden bzw. nicht wie die Einzelhändler ihre Kunden durch Kredite bewußt zu weiteren Käufen in ihren Läden an sich banden. [9]

Weil es in England den Bürgern ohne Schulabschluss und ohne Besitz eines Hauses nicht gestattet war zu wählen, war der Aufbau einer Konsumgenossenschaft nicht das alleinige Ziel der Rochdaler Weber. Die Konsumgenossenschaft sollte vielmehr die Grundlage für die Errichtung einer Vollgenossenschaft sein, die alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche der Beteiligten einbezieht. Durch die Selbstorganisation sollte die wirtschaftliche Abhängigkeit der Lohnabhängigen vom Prozess der Industrialisierung aufgehoben werden. Der Genossenschaftsgedanke war Träger einer erhofften umfassenden Wirtschafts- und Sozialreform.

Victor Aimé Huber beschreibt etwa um 1865 die Gründungszeremonie der Redlichen Pioniere sehr anschaulich [10]: *„An einem düstern, rauhen, feuchten, echt nordenglischen Novemberabend des Jahres 1843 finden wir in einem ärmlichen, trostlosen, dunkeln öffentlichen Lokal einige Dutzend armer Flanellweber versammelt, um über die Mittel zur Rettung aus dem Elend zu beraten. Alle in solchen Fällen leider hergebrachten Mittel – mehr trotzige als versöhnliche Verhandlungen mit den Fabrikherren, Versammlungen und Reden ohne Ende und endlich das thörichteste von allen, ein Strike, hatten, wie immer, das Übel nur ärger gemacht und die Lage schien völlig hoffnungslos. Da wiesen einige früher von Robert Owen (wenigstens mittelbar) angeregte Männer auf die Kooperation als Ausweg aus dieser Not und Sicherung besserer Zustände für die Zukunft. In der That fand die Idee allgemeinen Anklang. Es wurde sogleich zur Beschaffung des nervus rerum gerendarum geschritten, indem die Anwesenden sich zu dem Beitrag von 2 Pence verpflichteten, den aber die wenigsten sogleich berichtigen konnten, Das tragikomische Mißverhältnis zwischen Zweck und Mitteln wird noch mehr hervortreten, wenn wir die Hauptpunkte des Programms anführen, welches der definitiven Konstituierung der Genossenschaft der Rochdale Equitable Pioneers im Oktober 1844 zu Grunde gelegt wurde. ...*

Konnte schon die Benennung, im Gegensatz zu der kläglichen Erscheinung der Leutlein, die sie zu führen sich anschickten, als eine fast lächerliche Anmaßung gelten, so konnte die Art von Programm, womit sie auftraten, diesen Eindruck nur verstärken. In der That wurde es bald das spöttische Stadtgespräch: „Die armen Weber sind vor Hunger und Kummer verrückt geworden.“ Als Zwecke der kooperativen Gesellschaft dieser „Rochdaler Pioniere“ wurden in ziemlich schwerfälliger und kurioser Fassung in jenem Programm folgende Punkte angegeben: Im allgemeinen sind Einrichtungen zu treffen, die zum pekuniären Vorteil und zur Verbesserung der sozialen und häuslichen Lage der Mitglieder dienen zu können. ... Zu diesem Behuf zunächst Bildung eines hinreichenden Kapitals ..., um insbesondere folgende Pläne auszuführen:

- 1) Gründung eines Ladens (Store) zum Verkauf von Lebensmitteln, Kleidung und überhaupt der gewöhnlichen Bedürfnisse der Arbeiter.*
- 2) Erbauung oder Ankauf und Einrichtung einer Anzahl von Häusern, worin die Mitglieder bei gegenseitiger Hilfeleistung zur Verbesserung ihrer Lage wohnen können.*
- 3) Die Produktion solcher Gegenstände, welche der Gesellschaft zweckmäßig erscheinen mögen zur Beschäftigung arbeitsloser Mitglieder, oder solcher, die durch Herabsetzung der Arbeitslöhne Not leiden.*
- 4) Zum weitem Vorteil und zur Sicherung der Mitglieder soll die Gesellschaft auch Grund und Boden pachten oder kaufen, welcher landwirtschaftlich bebaut werden kann von solchen Mitgliedern, die keine andere Arbeit finden oder bei ihrem Lohn nicht bestehen können.*
- 5) Sobald es thunlich erscheint, soll die Gesellschaft die Kräfte und Mittel der Produktion,*

Verteilung, Erziehung und Leitung zur Gründung einer sich selbst und selbständig erhaltenden heimischen Ansiedlung vereiniger Interessen anwenden, und auch andern Gesellschaften zur Gründung solcher Kolonien behilflich sein.

- 6) *Soll in dieser Kolonie ein sogenanntes Mäßigkeitshaus (Temperance-Hotel) mit Ausschluß geistiger Getränke eröffnet werden.*

Als nächster Zweck wurde die Gründung eines Material- und Kramladens, eines sogenannten Store – was bei uns jetzt ein Konsumverein heißt – ins Auge gefaßt. ... Das Geschäft soll unbedingt ohne Kreditgewährung, nur mit Barzahlung geführt werden.

Nachdem nun mehrere Monate lang unter den größten Entbehrungen und bei angestrengtester Arbeit durch Pfennigbeträge der Mitglieder und durch einige (nicht ganz korrekte) Vorschüsse von Freunden an der Bildung eines Kapitals gesammelt worden, konnte ... in einer engen Straße ein sehr ärmlicher, kleiner, aber reinlicher Laden eingerichtet und mit einem entsprechenden Bestand einiger der notwendigsten Lebensbedürfnisse (Kartoffeln, Öl, Seife, Brot, Kohlen) ausgestattet und dessen Eröffnung auf den 21. Dezember 1844 angekündigt werden. Am Abend eines echt nordenglischen finstern, rauhen, nassen, schmutzigen Wintertags füllten sich denn auch die benachbarten Straßen mit dichten Haufen von Neugierigen, unter denen nur wenige mit Wohlwollen und Vertrauen, die meisten mit Mitleid und Spott der Dinge warteten, die da kommen sollten. ...

So wenig ermutigend war der Eindruck, daß selbst der Vorstand des Vereins sich erst bei völliger Dunkelheit heranwagte und, an den Häusern hinschleichend, unbemerkt in den Laden schlüpfte, dessen endliche Fenstererleuchtung mit allgemeinem Jubel und dem Chorus: „Die tollen Weber haben eröffnet!“ begrüßt wurde.

Diesem bescheidensten, kläglichen, ja lächerlichen Anfang stellen wir nun - vorgreifend auf Grund der Hauptzahlen des Rechnungsjahres 1865 - zur Seite: Eine Genossenschaft, die mit ihren verschiedenen Zweigvereinen über 6000 Mitglieder, meist Familienväter, alle unter auf diesem Wege mehr oder weniger gehobenen verbesserten Zuständen, und ein Gesamtkapital von mehr als anderthalb Millionen Thaler zählt. ...

Die Arbeiter überzeugten sich mehr und mehr, daß ihr Verdienst, wie gering er auch sein mochte, - daß Schilling und Pfennig jedenfalls dort weiter reichten und besser angelegt waren, als bei jeder anderen Art der Verwendung. ...

In den folgenden Jahren gab es ... zunehmende Anfeindungen von außen zu überwinden. Namentlich aber hatte man viel von Zweifel und Verleumdungen hinsichtlich der Zahlungsfähigkeit des Geschäfts zu leiden. Dagegen trat auch gleichzeitig mehr und mehr ein entscheidendes Moment des Gelingens hervor: das Vertrauen und der Eifer der Frauen für die Sache. Sie hatten sich größtenteils anfangs entweder an wirklichen Mängeln oder an der unscheinbaren und ärmlichen äußern Ausstattung der store gestoßen, aber sie waren dann auch am besten imstande, die zunehmenden wirklichen Vorteile der Sache in Preis und Qualität der Ware zu würdigen. Namentlich fanden die tüchtigern unter ihnen einen ehrlichen Stolz in der Barzahlung und daß nichts mehr „gegen sie angeschrieben“ wurde, sowie daß sie in ihrem „eigenen Shop“ einkaufen konnten. ... So trieben denn die Frauen bald am eifrigsten zum Eintritt und zeichneten sich im schwierigen Augenblick durch die größte Standhaftigkeit aus. Wer da irgend weiß, welche Bedeutung namentlich für die Frauen in solchen Verhältnissen das kleinste saure Ersparnis hat, wie sie dran hängen, was es sie kostet, es in fremde Hand zu geben, und wie sie sich auch dort, wo sie sich endlich entschlossen, es mit Angst und fortwährendem Mißtrauen im Auge behalten, der wird z.B. Züge wie den folgenden zu würdigen wissen. Eine Weberfrau, deren Dividende und Einzahlungen sich 1842 [1862? d.A.] schon auf 40 Lstr. beliefen, erwiderte falschen Freunden, die sie drängten, sich ihr sauer erspartes Geld schnell auszahlen zu lassen, ehe die store „breche“, ganz tapfer: „nun, wenn die store „bricht“, so bricht sie nur mit ihrem „Eignen“; ich habe mein Erspartes nur aus dem Profit, den mir die store verschafft hat!“ Ähnliche Fälle kamen häufig vor.“

In den ersten Jahren des Bestehens arbeiteten die Genossen ehrenamtlich. Erst als die Mitgliederzahl 600 überstieg (1848) wurden die ersten Angestellten entlohnt. 1860 waren es bereits 3.500 Mitglieder.

1849 wurde ein Buch- und Zeitungsladen eingerichtet, 1850 eine Schule für Kinder und 1855 eine Schule für Erwachsene. 1850 erwarb man Anteile an einer Kornmühle. Damit wurde die bisher eigenständige Produktivgenossenschaft zum Produktionsbetrieb der Konsumgenossenschaft, eine Baumwollspinnerei und -weberei, eine Schlachtereier etc. kamen in den nächsten Jahren hinzu. Die Arbeiter, die sich mit verfälschten Produkten ernährten und mit minderwertigen Stoffen gekleidet hatten, bezogen jetzt vorzügliche Lebensmittel, webten selbst ihre Kleiderstoffe, mahlten selbst das Korn, schlachteten selbst ihr Vieh. 1860 wurde auch eine Unterstützungskasse für Krankheits- und Todesfälle eingerichtet und immer weitere Lebensbereiche konnten selbstbestimmt verwaltet werden. Die Rochdaler Pioniere beschlossen deshalb die Rücklage von Geldern für soziale und kulturelle Aufgaben und für den weiteren Ausbau ihres Unternehmens.

Rochdale war Vorbild für alle weiteren Gründungen von Genossenschaften, die sich weltweit ausbreiteten und heute insgesamt 800 Millionen Mitglieder haben. Rochdale nennt sich aufgrund seiner Geschichte bis heute *Birthplace of co-operation* (Geburtsort des Genossenschaftswesens).

Bedeutsam an diesem Rochdaler Ereignis ist die Tatsache, dass sich Menschen ohne externe Hilfe quasi „am eigenen Schopf“ mit großem Erfolg aus dem Sumpf gesellschaftlicher Vernachlässigung herausziehen konnten. Auf diesem Wege wäre es wohl weltweit allen Menschen möglich, sich selbst zu helfen, wenn Ihnen dieses Beispiel bewußt wäre, es ihnen von Ökonomen vermittelt würde. Doch die Rochdaler Prinzipien werden leichtfertig verfälscht oder sind in Vergessenheit geraten. Die Rochdaler Pioniere sind aber nicht aufs Geradewohl losgelaufen, sondern haben die Erkenntnisse mehrerer Generationen und ihre eigenen Erfahrungen ausgewertet. Heute meint man, die gesamte Ökonomie unserer Vorfahren sei überholt und versucht, spontan seinen eigenen Einfällen zu folgen. Man kann sich nicht vorstellen, ohne Quersubventionen zu Lasten anderer etwas aufbauen zu können.

3. Die dritte Säule der Arbeiterbewegung

In Deutschland kam es bereits ab 1845 in Sachsen zu ersten Gründungen von Konsumvereinen durch Arbeiter und Weber (z.B. der „Spar- und Konsumverein Ermunterung“ in Chemnitz als „Produktenverteilungsverein“). *„Beide, die Rochdaler wie die Chemnitzer Weber, hatten die gleiche Not vor Augen und lehnten die herrschende Wirtschaftsordnung und das einseitige Profitstreben ab. Beide Gruppen, die deutschen wie die englischen Pioniere des Genossenschaftswesens, suchten die Lösung der sozialen Frage nicht in erster Linie auf dem politischen Feld, sondern in der Selbsthilfe der Benachteiligten mit Hilfe von Unternehmungen, die nach neuen Prinzipien tätig werden sollten.“* [11]

Der eigentliche Genossenschaftsaufbruch in Deutschland war dann auch vom Geist der bürgerlichen Revolution von 1848 getragen und ging im Wesentlichen von der Allgemeinen deutschen Arbeiterverbrüderung, der ersten deutschen Arbeiter-Massenbewegung aus. Geplant war der Aufbau einer Assoziationswirtschaft mit "Assoziationskassen" auf lokaler Ebene, genossenschaftlich fundierten Kreditbanken, Produktivbetrieben und „Ankaufgenossenschaften“, welche sich zur Aufgabe machten, durch gemeinsame Beschaffung von Lebensbedürfnissen:

1. diese ihren Mitgliedern im Großeinkauf und möglich aus erster Hand besser und vorteilhafter zu beschaffen,
2. durch direkte Vermittlung ihren Mitgliedern bessere Arbeitsgelegenheit, auf Gegenseitigkeit gestützt, zu schaffen,
3. Unternehmungen ins Leben zu rufen, die das Gesamtvermögen der Verbrüderung erweitern (Associationswerkstätten, Fabriken etc.).

Das Scheitern der Revolution von 1848 leitete eine Phase politischer Reaktion ein, die zu einer Unterbrechung der Aktivitäten der Arbeiterverbrüderung führte und die konsumgenossenschaftliche Bewegung stark schwächte. Über die Zeit bis 1860 gibt es deshalb auch nur unzureichende Aufzeichnungen, die jede zusammenfassende Charakterisierung sehr erschweren.

Etwa um die Mitte der 1860er Jahre begann eine neue Phase der konsumgenossenschaftlichen Entwicklung im noch in Nord und Süd geteilten Deutschland (das erst 1871 durch die Gründung des Deutschen Reiches vereinigt wurde). Die Zahl der Gründungen nahm sprunghaft zu. Eine eingeschränkt repräsentative Übersicht über die Entwicklung in den 1860er Jahren hat der von Hermann Schulze-Delitzsch gegründete Allgemeine Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften veröffentlicht. In nur 6 Jahren verdreifachte sich die Zahl der diesem Verband angehörenden Konsumvereine, der Gesamtumfang der Mitgliedschaft stieg um annähernd das Sechsfache, während sich der Umsatz mehr als verzehnfachte. Bis 1871 hatte dieser Verband eine viertel Million Mitglieder und einen Umsatz von 57 Millionen Reichsmark.

In fast allen größeren Städten des Reiches gab es vereinsmäßige Zusammenschlüsse der Konsumenten. Auch für den unregelmäßig und schlecht verdienenden Fabrikarbeiter waren die niedrigen Geschäftsanteile tragbar, der erreichbare Nutzen erheblich. Die Höhe der gezahlten Rückvergütungen lag in diesen Jahren oft über 10%. Damit konnten periodisch anfallende höhere Ausgaben der Mitglieder ohne Verschuldung bewältigt werden ("Kohlengeld der kleinen Leute").

Die Zeit zwischen 1860 und 1890 kann in Deutschland als Anlaufphase bezeichnet werden, der Durchbruch von der lokalen Selbsthilfebewegung zur sozialen Bewegung fiel in die Zeit von 1890 bis 1914. Um das Jahr 1900 überschritt die Mitgliederzahl die Grenze von 500.000, fünf Jahre später war die Millionengrenze erreicht.

Im wesentlichen haben sich in Deutschland drei Grundrichtungen von Genossenschaften entfaltet: Hermann Schulze-Delitzsch versuchte die Zunft der Handwerker gegenüber der industriellen Fabrikation zu retten, Friedrich-Wilhelm Raiffeisen hatte sich der Nöte der Landwirte angenommen und Absatz- und Kreditgenossenschaften initiiert. Beide traten für die genossenschaftliche Organisation der Produktion ein und nicht für die des Konsums, an die die Produktion angegliedert ist. Streng an den Rochdaler Prinzipien ausgerichtet entfaltete dagegen Eduard Pfeiffer wirtschaftliche Selbsthilfe mit seinen Konsumgenossenschaften in Stuttgart und dem gesamten süddeutschen Raum. Die Wohnungsbaugenossenschaften, die auf Victor Aimé Huber [10] zurückzuführen sind, werden in der Regel als Sonderform der Konsumgenossenschaften angesehen.

Unter den Wirtschaftsunternehmen der deutschen Arbeiterbewegung nahmen die Konsumgenossenschaften über einen Zeitraum von mehr als einem halben Jahrhundert eine Sonderstellung ein. Kein anderes der zahlreichen Selbsthilfeunternehmen konnte sich hinsichtlich Grad der Verbreitung, Höhe der Mitgliederzahlen und Stärke des auf eigene Produktionsbetriebe gestützten wirtschaftlichen Einflusses mit ihnen messen.

Als Antwort auf mittelständige Boykottaktionen hatten einzelne finanzkräftige Konsumvereine seit den 1890er Jahren eigene Bäckereien und Schlachtereien eröffnet, was von der 1894 gegründeten Hamburger Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine GEG in großem Stil fortgesetzt wurde. Der Konflikt mit dem Verband der Markenartikelfabrikanten, der versuchte, das Prinzip der Preisbindung auch für die Konsumvereine durchzusetzen, scheiterte am längeren Atem der GEG. Durch die Zentralisierung des Einkaufs wurden auch hohe Mengenrabatte möglich, die den Beitritt weiterer Genossenschaften in die GEG förderte.

Innerhalb des 1864 von Schulze-Delitzsch in Berlin gegründeten „Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften“, dem Vorläufer des heutigen Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbandes, verstärkte sich die Ablehnung der wirtschaftlich erstarkenden Konsumgenossenschaften.

Grundsätzlich störte die handwerklich orientierten Genossenschaften des Verbandes, dass die Konsumgenossenschaften eigene Produktionsbetriebe gründeten, um ihren Mitgliedern billige und qualitativ hochwertige Produkte anbieten zu können, die sie auf dem Markt nicht vorfanden. Sie begaben sich damit zwangsläufig in Konkurrenz zu den handwerklich orientierten Genossenschaften des Allgemeinen Verbandes. Außerdem stand für den Verband die Erhaltung des Mittelstandes im Vordergrund und nicht die Versorgung der Massen, die den Konsumgenossenschaften vorgeworfen

wurde [12].

Letztendlich, wohl auch in logischer Konsequenz der nicht zu vereinbarenden Dualität des Genossenschaftsgesetzes, beschloss der Genossenschaftstag des Allgemeinen Verbandes von Schulze-Delitzsch 1902 in Bad Kreuznach - ohne dies in der Einladung anzukündigen - den Ausschluss der Konsumgenossenschaften. (Diese Trennung besteht bis heute selbst auf der globalen Ebene in Form der Internationalen Raiffeisenunion (IRU) und der International Cooperative Alliance (ICA) fort.)

Vielleicht wollten sich die Männer auch in ihre Domäne, den Produktionsbereich, von den Hausfrauen, die von Anfang an in Genossenschaften volles Stimmrecht hatten und - analog zu ihren Vorläuferinnen bei den Redlichen Pionieren von Rochdale - speziell in den Konsumgenossenschaften sehr aktiv waren, nicht hineinreden lassen. Ob und wieweit das im April 1902 von der GEG herausgegebene Frauen-Genossenschaftsblatt auch einen Einfluß auf den Ausschluss im September hatte, ist nicht dokumentiert. Jedenfalls waren in dieser Zeit die Suffragetten, denen es vorrangig um das politische Wahlrecht auch für Frauen ging, sehr aktiv.

Die von den Produktivgenossenschaften hiermit beschlossene Trennung von Konsumtion und Produktion, Konsumenten und Produzenten, muss aus heutiger Sicht, wo die Notwendigkeit der Einheit von Konsumtion und Produktion - Konsument und Produzent - von immer breiteren Kreisen diskutiert wird, als ein historischer Kardinalfehler bezeichnet werden und beeinträchtigt auch heute noch massiv die Diskussion um das ursprüngliche Ziel genossenschaftlicher Organisation, die Abschaffung des Profits.

Die Konsumgenossenschaften bildeten bereits in Bad Kreuznach auf Betreiben von Heinrich Kaufmann eine Kommission, die die Gründung eines eigenen Verbandes, des 1903 in Dresden gegründeten - heute noch in Hamburg ansässigen - Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK) vorbereitete. Ende 1903 gehörten diesem Verband bereits 627 Konsumgenossenschaften mit 573.085 Mitgliedern an.

Ab 1910 werden von der GEG die ersten Betriebe als Eigenbetriebe übernommen. Oft sind dies nach gewerkschaftlichen Kämpfen gegründete, auf dem Markt aber nicht allein lebensfähige Produktivgenossenschaften.

Der Handkarren als Verteilungsstelle, Symbol der frühen Konsumvereine, wurde durch die Errichtung von Läden, Lagern und Eigenbetrieben abgelöst. Die Konsumvereine wurden zu bedeutenden Arbeitgebern. 1913 beschäftigten die im ZdK zusammengeschlossenen Vereine bereits mehr als 20.000 Angestellte, obwohl sich die Bewegung in großen Teilen noch immer auf die ehrenamtliche Tätigkeit engagierter Mitglieder in den Ausschüssen, der Fest- und Freizeitkultur stützen konnte.

Das Verhältnis von Arbeiterbewegung und Konsumgenossenschaften erfuhr im Zeitraum zwischen 1850 und 1914 mehrere Wandlungen. Die Änderungen dieses Verhältnisses gingen in der Regel von der Praxis aus. Die Theorie – insbesondere der Sozialisten und Marxisten - tat sich dagegen schwer, dieser Entwicklung zu folgen. Die als "Dritte Säule der Arbeiterbewegung" bezeichneten Konsumgenossenschaften wurde von Parteien und Gewerkschaften auch immer als Konkurrenz angesehen.

Marx und die Marxisten haben allerdings - bis auf die oben zitierte Passage im Kommunistischen Manifest - das Identitätsprinzip der Genossenschaftsbewegung, die solidarische Kooperation von Konsument und Produzent, in seiner Bedeutung nicht erkannt und sich in ihren politischen Konzepten und Strategien nicht auf die Reproduktion, sondern ausschließlich auf die Arbeitswelt und den Arbeitnehmer bezogen. Von Konsum- bzw. Reproduktionsgenossenschaften haben sie deshalb abgeraten.

Karl Marx schrieb beispielsweise 1866: „*Wir empfehlen den Arbeitern, sich eher mit Produktivgenossenschaften als mit Konsumgenossenschaften zu befassen. Die letzteren berühren nur die Oberfläche des heutigen ökonomischen Systems, die ersteren greifen es in seinen Grundfesten an.*“ [13]

Friedrich Engels äußert sich 1871 in gleicher Weise abfällig: „Es ist notwendig, daß die italienischen Arbeiter erkennen, daß der große Verschwörer und Agitator Mazzini für sie nur einen Rat hat: Bildet euch, lernt so gut ihr könnt (als ob dies ohne Mittel geschehen könnte!) ... bemüht euch, soviel wie möglich Konsumgenossenschaften zu bilden (nicht einmal Produktivgenossenschaften!) - und vertraut auf die Zukunft!!!“ [14]

Ferdinand Lasalle (1825-1864), die führende Persönlichkeit der deutschen Arbeiterbewegung in dieser Zeit, versprach sich wie auch Marx und Engels eine "Hebung der Lage der Arbeiter" allein von den Produktivgenossenschaften, nur sie seien imstande, das eiserne Lohngesetz, unter dem die Arbeiterschaft stehe, zu zerbrechen. In den Konsumvereinen sah er eher ein Palliativmittel, das die Energien der Arbeiterschaft vom richtigen Wege ablenke. Lassalle kommentierte verächtlich speziell die Bedeutung von Wohnungsgenossenschaften: „Was nützen unter heutigen Verhältnissen billige Arbeiterwohnungen? Nichts, als dass sie, wenn allgemein gewährt, den Lohn herabdrücken.“

Von der Gründung des ersten Arbeiterkonsumvereins 1845 in Chemnitz bis zur Anerkennung durch die Gewerkschaften dauerte es immerhin 60 Jahre. Die Anerkennung erfolgte u.a. wohl auch deshalb, weil die Konsumgenossenschaften mit 1 Million Mitgliedern mehr Mitglieder hatten als alle damaligen Gewerkschaften insgesamt. Erst auf dem 5. Kongress der Freien Gewerkschaften 1905 in Köln wurde eine Resolution verabschiedet, in der es hieß: "Der Gewerkschaftskongress erblickt in der Organisation des Konsums durch die Genossenschaften ein Mittel zur Erhöhung der Lebenshaltung und der genossenschaftlichen Erziehung des Volkes und hält es deshalb im Interesse des Proletariats für geboten, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen durch ihren Beitritt zu den Konsumvereinen und Propagierung der genossenschaftlichen Ideen die Genossenschaftsbewegung in Deutschland aufs tatkräftigste unterstützen." [15]

Waren die Gewerkschafter viel unmittelbarer mit der materiellen Not der Arbeiter konfrontiert - um 1900 wurden viele der später bedeutenden Konsumgenossenschaften in Arbeitskämpfen von organisierten Gewerkschaftern mitgegründet -, verzögerte sich die Anerkennung der Genossenschaften durch die sozialdemokratische Partei. Noch 1892 beschloss der SPD-Parteitag: „... haben die Parteigenossen der Gründung von Genossenschaften entgegenzutreten und namentlich den Glauben zu bekämpfen, dass Genossenschaften im Stande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu beseitigen oder auch nur zu mildern.“

In Hamburg setzt sich allerdings Adolph von Elm (1857-1916) als SPD-Mitglied über diesen Beschluss hinweg und gründete 1899 den Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“. Eine Sparkasse wird eingerichtet, Wohnungen werden gebaut und Produkte des täglichen Bedarfs in eigenen Betrieben hergestellt.

1910 wurde dann auf dem internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongress in Kopenhagen u.a. beschlossen:

„In Erwägung, dass die Konsumvereine nicht nur ihren Mitgliedern **unmittelbare materielle** Vorteile bieten können, sondern dass sie berufen sind,

- die Arbeiterklasse durch Ausschaltung des Zwischenhandels und durch Eigenproduktion für den organisierten Konsum **wirtschaftlich zu stärken und ihre Lebenshaltung zu verbessern,**
- die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheit zu **erziehen** und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion und des Austausches vorzubereiten helfen,

erklärt der Kongress, dass die Genossenschaftsbewegung eine wirksame Waffe im Klassenkampf sein kann ... **Der Kongress fordert deshalb alle Parteigenossen und alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit der größten Entschiedenheit auf, tätige Mitglieder der Konsumvereinsbewegung zu werden und zu bleiben und in den Konsumvereinen in sozialistischem Geiste zu wirken ...**

Der Kongress macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, in ihren Konsumvereinen darauf

hinzuwirken,

- daß die Überschüsse nicht ausschließlich zur Rückvergütung an die Mitglieder, sondern auch zur Bildung von Fonds verwendet werden, die es den Konsumvereinen ermöglichen, selbst oder durch ihre Verbände und Großeinkaufsgesellschaften zur genossenschaftlichen Produktion überzugehen und für die Erziehung und Bildung sowie für die Unterstützung ihrer Mitglieder zu sorgen;
- daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Angestellten im Einvernehmen mit den Gewerkschaften geregelt werden;
- daß ihre eigenen Betriebe in jeder Hinsicht vorbildlich organisiert werden und
- daß beim Bezug von Waren gebührende Rücksicht auf die Bedingungen genommen wird, unter denen sie hergestellt wurden.“ [16]

Die SPD hob ihren 1982 gefassten Beschluss nach Kopenhagen 1910 sofort auf, indem sie auf ihrem Parteitag in Magdeburg feststellte: „... die genossenschaftliche Tätigkeit ist eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse. ... Bei der Beratung der Wirtschaftsgenossenschaften kommen für die sozialdemokratische Partei vornehmlich die Konsumvereine in Betracht. Die Konsumvereine sind Organisationen zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile, indem sie durch direkte Übermittlung der wichtigsten Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs an die Konsumenten deren Kaufkraft erhöhen.“ [17]

Wann könnten Gewerkschaften und Parteien solch einen Standpunkt wieder erreicht haben? Naomi Klein stellt fest: „Menschen tendieren dazu, Wahlstimmen in ihrem ökonomischen Interesse abzugeben.“ Hat mangelndes ökonomisches Wissen und Interesse das Manko des Sinkens der Mitgliederzahlen von Parteien (in Deutschland insgesamt noch maximal 1,5 Millionen) und Gewerkschaften (maximal 7 Millionen) bedingt? Die Genossenschaften haben trotz aller Behinderungen selbst in Deutschland mit steigender Tendenz z.Z. etwa 22 Millionen, in Europa über 140 Millionen und weltweit etwa 800 Millionen Mitglieder.

Als im ersten Weltkrieg die Lebensmittel knapper und schlechter wurden, hatten die Konsumgenossenschaften einen Teil des staatlichen Versorgungssystems übernommen und erwarben sich großes Ansehen, weil sie nicht wie andere Händler Schwarzmarktgeschäfte betrieben, sondern die zur Verfügung stehenden Produkte gerecht und vollständig verteilten. Außerdem achteten sie sehr auf die Qualität ihrer Eigenprodukte.

4. Weimarer Republik

Nach dem Ende des ersten Weltkrieges und dem Zusammenbruch des Obrigkeitsstaates sah sich die Arbeiterbewegung plötzlich in die Rolle der innenpolitisch wichtigsten Ordnungsmacht versetzt. Die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften und auch der Konsumgenossenschaften nahmen sprunghaft zu. In den Jahren 1918 bis 1922 erlebten die Konsumgenossenschaften eine regelrechte Beitrittswelle, indem sich ihnen eine Million neuer Mitglieder anschloss.

Wohl in keiner anderen Phase der deutschen Geschichte gab es im Bereich der wirtschaftlichen Selbsthilfe der Arbeiterbewegung so vielfältige praktische Initiativen, so intensive theoretische Reflektionen und Debatten wie zur Zeit der Weimarer Republik. Die Monarchie war abgeschafft, Demokratie konnte/musste geübt werden.

Der Umfang wirtschaftlicher Aktivitäten der Arbeiterbewegung nahm schließlich auch dadurch zu, daß die gewerkschaftlichen Verbände ihre traditionellen Bedenken gegenüber der Gründung eigener Wirtschaftsunternehmen endgültig ablegten und auf einer Reihe von Feldern, wie dem Bankensektor, neue Initiativen entfalteten.

Nicht zu übersehen ist aber der Beitrag, den die Basis selbst zum Ausbau der Wirtschaftsunternehmen leistete. Die Enttäuschung über die Konzeptionslosigkeit der Parteien und Gewerkschaften und ihrer

Führungen in den entscheidenden Monaten der Revolution von 1917 und das Ausbleiben der erhofften demokratischen Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse erwiesen sich als starker Motor für Versuche der Sozialisierung von unten. Vor allem auch im Bausektor kam es zur Gründung einer größeren Zahl genossenschaftlicher Unternehmungen.

Doch dann kam die Geldentwertung, in der schließlich 1 US-Dollar den Gegenwert von 4,2 Billionen Mark hatte. Die Anfangserfolge der Gewerkschaften bei den Lohnabschlüssen wurden durch diese Inflation immer wieder zunichte gemacht. Parallel zum Rückgang der Massenkaufkraft sanken auch die Umsätze und Gewinne der Konsumgenossenschaften.

Erst die Stabilisierung der Währung durch die Rentenmark Mitte der 1920er Jahre konnte die Schäden durch Krieg und Inflation beseitigen sowie die Mitgliederzahl den Vorkriegsstand wieder erreichen und dann bei weitem übertreffen. 1930 stand die Konsumgenossenschaftsbewegung auf ihrem Höhepunkt. Die Gesamtmitgliederzahl betrug 3,5 Millionen, einschließlich der in den Haushaltungen damals noch nicht erfassten Personen kommt man auf eine Zahl von mehr als 10 Millionen Menschen, die sich über Konsumgenossenschaften versorgten. In Berlin gehörten z.B. sämtliche Brotfabriken den Konsumgenossenschaften.

Heinrich Kaufmann, der als erster Sekretär 1903 den ZdK mitgegründet hatte, starb 1928. Er hatte stets darauf geachtet, dass die Rochdaler Prinzipien, u.a. auch der Ausschluss des Verkaufs an Nichtmitglieder, strikt eingehalten wurden.

1932 verfügt die Großeinkaufsgesellschaft (GEG) der Konsumgenossenschaften über 54 Produktions- und Veredelungsbetriebe: Fleischfabriken, Teigwarenfabriken, eine Fischwarenfabrik, einen Fischversand, eine Kakao- und Schokoladenfabrik, Malzkaffee- und Zichorienfabriken, eine Gemüse- und Obstkonservenfabrik, eine Käserei, eine Nahrungsmittelfabrik, eine Senffabrik, Tabak- und Zigarettenfabriken, eine Färberei, eine Scheuertuchweberei, Konfektionswerkstätten, eine Kleiderfabrik, Seifenfabriken, eine chemische Fabrik, Zündholzfabriken, eine Möbelfabrik, ein Sägewerk mit Kistenfabrik, eine Bürstenfabrik, eine Druckerei mit Papierfabrik und ein Landgut. Die GEG war mit ihren insgesamt 8.305 Arbeitsplätzen das größte Handels- und Produktionsunternehmen Deutschlands.

Von Mitgliedern der immer mächtiger werdenden Nationalsozialistischen Partei Deutschlands (NSDAP), zu denen auch viele Lebensmitteleinzelhändler gehörten, wurden allerdings bereits in den Jahren vor 1933 immer häufigere Angriffe auf Personen und Eigentum der Konsumgenossenschaften verübt. So wurden z.B. 1932 die Fensterscheiben des Hamburger „Konsum-, Bau- und Sparvereins Produktion“, PRO genannt, im Wert von 45.000 Reichsmark eingeschlagen.

5. Drittes Reich

Die Durchsetzung der imperialistischen außenpolitischen Ziele der NSDAP erforderte auch die Brechung der Macht und Unterordnung der politisch geschulten und organisierten Arbeitnehmerschaft. Zahlreiche aktive Mitglieder der Genossenschaften wurden verhaftet, Dutzende Vorstandmitglieder in Konzentrationslager verschleppt, schwer misshandelt und ermordet. [18] Eine Liste der inhaftierten und ermordeten Genossenschaftsmitglieder wurde von Jan-Frederik Korf dokumentiert. [19]

Die Mittelständler forderten die sofortige Auflösung der "marxistischen" Konsumgenossenschaften, was allerdings zu bedrohlichen Ernährungsengpässen geführt hätte. Der Angriff auf die Konsumgenossenschaften erfolgte deshalb schrittweise auf mehreren Ebenen:

1. Das gleich 1933 erlassene Rabattgesetz reduzierte in § 5 die Rückvergütung auf den in Banken üblichen Zinssatz für Spareinlagen von 3% (es wurde erst 2002 aufgehoben).
2. Es wurden regelrechte Beutezüge veranstaltet und überall Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften zerstört.
3. Bereits zugesagte Kredite wurden gestrichen.
4. Neugründungen wurden verboten.

5. Eine Konzessionspflicht wurde eingeführt.
6. Zentralen und Filialen der Arbeiterbank, der Volksfürsorge und eines Teils der Baugesellschaften wurden besetzt.
7. Die demokratische Selbstverwaltung wurde durch das Führerprinzip ersetzt, d.h. Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wurden von oben bestellt. (z.B.: Als sich Vorstände diesem Vorhaben widersetzen, marschierte eine Hundertschaft SA auf. Als die Anwesenden der Gewalt weichen wollten, wurden sie teilweise mit Waffengewalt daran gehindert, den Saal zu verlassen. Die entsprechende Neubesetzung von Vorstand und Aufsichtsrat mit NSDAP-Mitgliedern war dann nur noch reine Formsache.).
8. In Pressekampagnen wurde Genossenschaften der wirtschaftliche Bankrott unterstellt und einzelnen Genossenschaftern persönliche Bereicherung vorgeworfen.
9. Einlagen mussten ausbezahlt werden.
10. Das 1934 erlassene Kreditwesengesetz, das Genossenschaften Sparkassenfunktionen praktisch unmöglich machte (es gilt in wenig modifizierter Form noch heute).
11. Das 1935 erlassene "Gesetz über die Verbrauchergenossenschaften" schrieb vor, dass wirtschaftlich gefährdete Konsumgenossenschaften (nach Auszahlung der Einlagen!) aufzulösen seien.
12. 1942 wurden schließlich die Restbestände in das neu gegründete Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront überführt.

Von diesen Maßnahmen gegen die „jüdisch-marxistischen“ und „kollektivistischen“ Konsumgenossenschaften waren das Vermögen der ca. 1.500 Konsumgenossenschaften mit ca. 12.000 Läden, 400 Lagern, 300 Bäckereien, 60 Fleischereien und 200 sonstigen Betrieben und über 70.000 Arbeitsplätze betroffen.

6. Genossenschaften nach 1945

Nach dem Zusammenbruch des "Dritten Reiches" lag auch die Genossenschaftsbewegung in Trümmern. Das ehemalige Genossenschaftseigentum im Besitz der "Deutschen Arbeitsfront" wurde von den Besatzungsmächten beschlagnahmt und kommissarisch verwaltet. Zwar hatten sich die Militärregierungen der Besatzungszonen für den Aufbau von Genossenschaften ausgesprochen, jedoch waren solche Aufbauversuche der unterschiedlichen Politik der einzelnen Zonen ausgeliefert. Im kapitalistischen Teil Deutschlands tendierte man dazu, individuelles Eigentum dem kollektiven vorzuziehen, während im sozialistischen Teil staatliches Eigentum kollektivem vorgezogen wurde.

Die Konsumgenossenschaften hofften noch lange, sich in Ost und West wieder zu einer großen Konsumgenossenschaftsbewegung mit einem starkem Zentralverband und der Großeinkaufsgesellschaft zusammenschließen zu können. Sie mussten jedoch einsehen, dass das bei zwei verschiedenen Gesellschaftssystemen auch für sie nicht möglich war. Zunächst kam es also darauf an, auf lokaler Ebene wieder in den Besitz des ehemaligen konsumgenossenschaftlichen Vermögens zu kommen. Dies war nicht einfach, da alles bis zur Währungsreform unter der Aufsicht der Militärregierungen stand und Vollmachten erteilt und auch wieder zurückgezogen wurden. Auch die Trennung der Mitglieder und Einrichtungen in Ost und West bereitete große Schwierigkeiten.

6.1. BRD

Der eigentliche Wiederaufbau eines westlichen Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften erfolgte erst nach der Währungsreform. Dem neu gegründeten Einheitsverband, der sich bewusst an die konsumgenossenschaftliche Tradition der Vorkriegszeit anlehnte, gelang es zunächst, bis Ende 1953 eine Mitgliederzahl von nahezu 2 Millionen zu erreichen.

Allerdings wurde bald von den alten Zielsetzungen der Konsumgenossenschaften grundlegend

abgewichen. Erik Nölting, wie Ludwig Erhard Schüler Franz Oppenheimers, bereits vor 1933 u.a. Abgeordneter im Preußischen Landtag und nach 1945 erster Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, mahnte 1949 die Konsumgenossenschaften in einer, auch im europäischen Ausland vielbeachteten Rede: „*Während der großen Wirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1932 saß der Wirtschaftsliberalismus auf der allgemeinen Anklagebank. Heute aber sind viele Hände bemüht, um seinen kahl gewordenen Scheitel einen neuen Heiligenschein zu weben. Im Zeichen des sogenannten Neoliberalismus erleben wir eine Renaissance des liberalen Wirtschaftsdenkens. ... Die Genossenschaftler dürfen nie vergessen, dass die Genossenschaft keine Erwerbsgesellschaft ist, und dass der Geist der Profitmacherei Sünde wäre gegen die genossenschaftliche Ausgangsidee!*“ [20]

Vergebens: In einer Schrift des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften mit dem Titel „Aufgaben und Anliegen der Konsumgenossenschaften in der Gegenwart“ beschloss man 1952, sich bewusst unter die Gesetze des Marktes und des Wettbewerbs zu stellen und sich dem anbahnenden wesensfremden Mainstream hinzugeben. Die Angst vor Markt und Kapital nahm wegen der boomenden Nachkriegswirtschaft ab. Nöltings Warnung vor dem Neoliberalismus wurde als nicht mehr zeitgemäß diskreditiert [8]. Damit hatte der Bazillus des Neoliberalismus auch die Konsumgenossenschaften befallen: Das Nichtmitgliedergeschäft, das heißt: das Warengeschäft über den kapitalistischen Markt, wurde eingeführt und Fremdkapital in beliebigem Umfang aufgenommen. Dies dürfte die wesentlichste Ursache des späteren endgültigen Scheiterns des überwiegenden Teils der westdeutschen Konsumgenossenschaften gewesen sein. Man hat sich auf die warenproduzierende neoliberal-kapitalistische Marktwirtschaft eingelassen und ist als Dienstleister auf der Anbieterseite des Marktes als Teil dieser Marktwirtschaft ökonomisch gescheitert.

Nach dem Dritten Reich hatten die Konsumgenossenschaften mit vielen externen (aber natürlich auch internen) Problemen zu tun, die zum Teil auch mit dem „Wirtschaftswunder“ zusammenhängen:

- Trennung in Ost und West
- Weiterbestehen von Gesetzen des Dritten Reiches (Rabattgesetz und Kreditwesengesetz)
- Neoliberalisierung des genossenschaftlichen Denkens und Handelns (etwa ab 1952)
- Einführen des Nichtmitgliedergeschäfts (Anbieterseite des kapitalistischen Marktes!)
- Aufnahme von Krediten (Kreditexpansion)
- Erstarken der Konkurrenz durch amerikanische Supermärkte und amerikanisches Kapital
- Das steigende Lohnniveau machte die Mitgliedschaft in Genossenschaften überflüssig
- Für die - entsprechend dem steigenden Anspruchsniveau – stetig wachsende Produktpalette wurde die genossenschaftliche Entscheidungsstruktur zu schwerfällig

Die zunehmende Produktvielfalt und das damit verbundene aufwendigere Management überforderte die genossenschaftliche Selbstverwaltung. Die digitalen Instrumentarien hatten ja noch längst nicht die heutige Flexibilität erreicht. In den Rechenzentren herrschte noch der „Closed-Shop-Betrieb“, das heißt, kein Unbefugter durfte sie betreten und die Rechner arbeiteten im „Batch-Betrieb“, der Stapelverarbeitung der anstehenden Aufträge. Die Rechner wurden Anfang der 70er Jahre noch über den Lochkartenleser gesteuert. Der Dialog mit den Rechnern war also zunächst gar nicht und dann über Schreibmaschinen- und später auch Bildschirm-“Terminals“ aber nur auf der „Kommandozeile“ möglich. Computerspezialisten waren rar und teuer und die Anwendungssoftware steckte in den Kinderschuhen.

Erst der Personal- und der Home-Computer und der Anschluss dieser Computer an die Zentralrechner, die Erfindung der graphischen Oberfläche und der Maus durch das Palo Alto Research Center (PARC) und der Hypertext Markup Language (HTML) durch Tim Berners Lee würden erlauben, Angebot und Nachfrage effizienter aufeinander abzustimmen. Damit könnte heute auch eine verbrauchergesteuerte Produktion sehr viel besser als in den damaligen Konsumgenossenschaften realisiert werden.

Die westdeutschen Konsumgenossenschaften erreichten 1961 ihren Höchststand mit 2,59 Millionen Mitgliedern, 79.000 Beschäftigten und 9.638 Verkaufsstellen.

Die wirtschaftlich gefährdeten Konsumgenossenschaften wurden schließlich in den 70er Jahren in die

coop AG mit Sitz in Frankfurt am Main überführt. Nur die coop Schleswig-Holstein wich von diesem Weg ab und hat ihren Status als eG erhalten. Sie hat heute etwa 47.000 Mitglieder und ist in Nord- und Ostdeutschland mit Super- und Verbrauchermärkten, Warenhäusern sowie Bau- und Gartencentern 250 mal vertreten.

Als erschwerend erwies sich auch, dass die Rückvergütung, eines der wesentlichsten Grundprinzipien der ursprünglichen Genossenschaften, über das von den Alliierten aufgehobene, aber 1952 vom Bundestag wiedereingeführte Rabattgesetz von 1933 auf bankübliche Zinsen von 3% begrenzt war, und damit das ökonomische Motiv entfiel, Mitglied einer Genossenschaft zu werden.

Auch das Kreditwesengesetz des Dritten Reiches, das den Genossenschaften Bankgeschäfte sehr erschwerte, besteht noch immer.

Außerdem kamen auch tiefgreifende Veränderungen im Lebensstil und Bewusstsein der Arbeiterschaft hinzu. Mit der Teilnahme am stetig wachsenden gesellschaftlichen Wohlstand schien das Interesse der Arbeiter an einer Verbesserung ihrer Lebensumstände problemlos realisierbar. Dies spiegelte sich in einer allgemeinen Entpolitisierung der Öffentlichkeit wieder, die noch durch die Erfahrung des Nationalsozialismus und durch einen hysterischen Antikommunismus verstärkt wurde.

Entscheidend war aber wohl das, wovon Erik Nölting gewarnt hatte, denn je mehr sich der Neoliberalismus als Mainstream-Ökonomie ausbreitete, dessen Ziel (individuelles Eigentum) dem genossenschaftlichen (gemeinschaftliches Eigentum) diametral entgegengesetzt ist, wurde genossenschaftliches Denken verdrängt. Auch die Parteien und Gewerkschaften verfielen diesem Mainstream-Denken.

Parallel dazu „... erlebte die Politische Ökonomie in der Bundesrepublik einen gravierenden Terrain- und Niveauverlust. Wie nirgends sonst auf der Welt beherrscht seither das Einheitsdenken der neokonservativen und neoliberalen Orthodoxie die Lehrstühle, Medienredaktionen, dominiert die gesellschaftliche Debatte und bestimmt die gesellschaftspolitischen Weichenstellungen.“ [21]

Der Anteil der Genossenschaftsmitglieder stieg nie wieder über vier Prozent der Bevölkerung und in den fünfziger Jahren wurde nur ein reichlich dreiprozentiger Anteil am Einzelhandelsumsatz erreicht. In der alten Bundesrepublik waren die Konsumgenossenschaften längst von den Lebensmittelketten aufgesogen oder zerschlagen worden. Der finale Schlag erfolgte 1989, als mit den 143 Gläubiger-Banken ein Vergleich geschlossen wurde und die letzten Reste der coop AG als Deutsche SK-Kauf AG an den Metro-Konzern übergingen.

Doch da die Lohnquote in Deutschland seit 1982 kontinuierlich sinkt und das Einkommen der Privathaushalte nicht zuletzt auch durch kräftige Unterstützung von Rot-Grün drastisch geschrumpft ist, gewinnen ökonomische Selbsthilfemodelle wieder an Attraktivität.

6.2. DDR

Im sowjetischen Sektor Berlins organisierten sich die Genossenschafter sofort nach Kriegsende in den Bezirken. Der Befehl 176 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vom 18.12.1945 regelte die organisatorischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Seiten des Wiederaufbaus deutscher Konsumgenossenschaften in der Ostzone. In den ersten Verkaufsstellen mangelte es fast an allem - u.a. an Einrichtungsgegenständen. Schnellwaagen und Transportmittel fehlten sowieso. Dennoch, Ende 1949 hatte z.B. der Konsum Berlin 160.944 Mitglieder und verfügte über 483 Lebensmittel- sowie 26 Industriewarenverkaufsstellen.

Staatlicherseits wurde allerdings die Handelsorganisation (HO) gegenüber den Konsumgenossenschaften favorisiert, da im Staatsmonopolkapitalismus autonome Projekte grundsätzlich und autonome ökonomische im Besonderen suspekt waren, weil sie einer zentralen Planwirtschaft diametral entgegenstanden.

Die Behinderungen der Konsumgenossenschaften erstreckten sich u.a. auf folgende Maßnahmen:

- 1949 wurde der "gesellschaftliche Einzelhandel" erstmals in den Volkswirtschaftsplan einbezogen.
- 1953 sollten die Konsumgenossenschaften per SED-Beschluss den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf das Land verlegen.
- 1956 wurden sie gesetzlich der Weisungsbefugnis des Ministeriums für Handel und Versorgung unterstellt, und damit quasi verstaatlicht.
- 1960 musste der genossenschaftliche Großhandel zugunsten des staatlichen Großhandels aufgegeben werden,
- 1968 wurden Bäckereien (z.B. Lichtenberg) dem VEB Backwarenkombinaten angegliedert.
- Später musste z.B. der Konsum Berlin wichtige Objekte wie die Markthalle, die Ackerhalle, das Bauarbeiterhotel und die Bauarbeiterversorgung abgeben.

Der Konsum fand jedoch immer wieder genügend Freiräume, sich zu einem der größten Handelsunternehmen in der DDR zu entwickeln. [22]

Bereits 1960 hatten die Konsumgenossenschaften 3,7 Millionen Mitglieder und der unteilbare Genossenschaftsfonds war damals auf über eine Milliarde Mark angewachsen. Die Konsumgenossenschaften, die sich zu Kreis- und Bezirksverbänden zusammengeschlossen und im Verband deutscher Konsumgenossenschaften GmbH vereinigt hatten, verfügten 15 Jahre nach Kriegsende über 42.000 Verkaufsstellen sowie 5.446 Gaststätten und Produktionsbetriebe; 1968 bestritten sie 34,2 Prozent des gesamten Einzelhandelsumsatzes in der DDR. [23]

1989 hatten die 198 Konsumgenossenschaften der DDR 4,6 Millionen Mitglieder, jeder 4. DDR-Bürger war also Mitglied. Sie betrieben rund 30.000 Verkaufsstellen, beschäftigten 256.000 Mitarbeiter und bestritten 31% des Einzelhandelsumsatzes.

6.3. Genossenschaften nach 1989

Mit der Öffnung der Mauer und der Einführung der D-Mark übernahmen sehr schnell und effizient (wie das neue Zauberwort hieß) Lebensmittelketten aus dem Westen die Konsumläden im Osten, die besonders in den Neubaugebieten über moderne Ladenflächen - wertvolle Immobilien also - verfügten. Allen vorweg die alten Konkurrenten aus der Zeit vor dem Dritten Reich: Tengelmann, Kaiser's, Edeka und (bis zu seiner Pleite auch) Bolle.

Die von der Treuhand zu Schleuderpreisen veräußerten Läden und Märkte, einschließlich der konsumeigenen Produktionsbetriebe, wurden allerdings, wie leider so vieles, von DDR-Bürgerinnen und Bürgern sowie den Genossenschaftsmitgliedern nicht ausreichend engagiert verteidigt. Die Euphorie der ersten Nachwendezeit ließ solche Gedanken nicht zu. Da in den Untergrunddiskussionen jahrelang der Westen als das Konsumparadies gepriesen wurde, tauschte man bereitwillig die - zugegebenermaßen nicht immer sehr attraktiven - Konsumläden gegen die reichbestückten, wie sich aber bald herausstellen sollte, mehr oder weniger kostspieligen Neulinge auf dem Gebiet des Handels, von Aldi bis Kaiser's aus. [23]

Wie rüde und grotesk aber auch beispielsweise mit dem Konsum Berlin bezüglich seiner Liegenschaften umgegangen wurde, indem Auflagen autoritärer Systeme und von ihnen erzwungene Entscheidungen als Rechtsgrundlage gewertet wurden, zeigt ein Urteil des Bundesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen [BARoV] vom 30.12.2002: *„1935 löste sich die Konsumgenossenschaft Berlin mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministers nach den Vorschriften des Gesetzes über die Verbrauchergenossenschaften auf. 1942 wurde die Genossenschaft im Register gelöscht.*

Die aus der Konsumgenossenschaft eGmbH - einer im Jahre 1968 im Ostteil Berlins aus acht Bezirksgenossenschaften entstandenen Vereinigung - hervorgegangene Klägerin beanspruchte die Rückübertragung eines Grundstücks, das früher der Konsumgenossenschaft eGmbH gehörte. Die Bezirksgenossenschaften waren im Ostsektor Berlins auf der Grundlage des SMAD-Befehls Nr. 176

gebildet worden.

Die Konsumgenossenschaft beschloss am 24. November 1990 ein neues Statut und nannte sich fortan Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung eG. Im Februar 1991 wurde sie in das Genossenschaftsregister eingetragen.

Eine Berechtigung der Klägerin zur Rückübertragung des Grundstücks nach § 2 Abs. 1 Satz 1 VermG scheidet aus, weil sie nicht mit der in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft zwangsaufgelösten Konsumgenossenschaft identisch (a) und auch nicht deren Rechtsnachfolgerin kraft Hoheitsakt sei (b).

(a) Eine Identität der Klägerin mit der geschädigten Konsumgenossenschaft wäre nur denkbar, wenn die im sowjetischen Sektor von Berlin vorgenommene Gründung der später miteinander verschmolzenen Bezirksgenossenschaften als eine Reaktivierung der registerrechtlich erloschenen Konsumgenossenschaft anzusehen wäre. Eine solche Reaktivierung nach den Grundsätzen, die der Bundesgerichtshof in seinem Urteil vom 17. November 1955 - II ZR 172/54 - (BGHZ 19, 51 ff.) entwickelt habe, komme jedoch schon deswegen nicht in Betracht, weil es sich seinerzeit nicht um eine Wiedergründung durch die Genossen handelte. Vielmehr sei die Wiederherstellung des Konsumgenossenschaftswesens durch den SMAD-Befehl Nr. 176 eine staatlich angeordnete Errichtung von Organisationen gewesen, die unter formaler Beibehaltung der genossenschaftlichen Rechtsform vollständig in die hierarchisch und zentralistisch organisierte sozialistische Wirtschaftsordnung eingebunden waren.

(b) Aus demselben Grund sei auch die Annahme einer Rechtsnachfolge der Klägerin kraft Hoheitsaktes, wie von ihr vorgetragen, ausgeschlossen. Eine solche Rechtsnachfolge wäre nur vorstellbar, wenn der SMAD-Befehl Nr. 176 die Konsumgenossenschaften oder das Konsumgenossenschaftswesen wirklich „wieder hergestellt“, d.h. die Schaffung sich selbst bestimmender Privatrechtssubjekte im Auge gehabt hätte. Das sei jedoch nicht der Fall, weil es darum gegangen sei, die Genossenschaftsidee zu Zwecken der aufzubauenden staatlichen Zentralverwaltungswirtschaft zu nutzen. Die von den Nationalsozialisten enteigneten Vermögenswerte der Genossenschaften blieben enteignet, obwohl sie den neu errichteten Genossenschaften „kostenlos zu überweisen“ (Nr. 5 des SMAD-Befehls Nr. 176) oder „zurückzugeben“ waren (SMAD-Befehl Nr. 82); denn sie seien auch dort in staatlicher Hand geblieben. Die Ausstattung dieser neuen Organisationen mit dem enteigneten Vermögen der früheren Konsumgenossenschaften sei nichts anderes als eine eigentumsrechtliche Umorganisation im staatlichen Bereich gewesen (BVerwG, a. a. O., 150). Etc. Die Revision hat keinen Erfolg.“ [24]

Auch das von Hitler 1933 erlassene und im Westen 1952 wiedereingeführte Rabattgesetz wurde erst mit dem Inkrafttreten des "Gesetzes zur Aufhebung des Rabattgesetzes und zur Anpassung anderer Rechtsvorschriften" am 25. Juli 2001 aufgehoben. Erst jetzt können die noch vorhandenen Genossenschaften - soweit überhaupt noch existent - wieder Rückvergütungen über 3% gewähren.

Das ebenfalls im Dritten Reich gegen die Genossenschaften erlassene Kreditwesengesetz, das den Genossenschaften praktisch verunmöglicht, die Sparkassenfunktion auszuüben, besteht allerdings weiter.

7. Aktuelle Situation der Genossenschaften in Deutschland

Klaus Novy stellt 1985 lapidar fest: „In der Geschichte der Arbeiterbewegung haben Selbsthilfeunternehmen eine große, von Historikern wie Ökonomen bis in die jüngste Zeit fast völlig vernachlässigte Rolle gespielt. Was für die Fachwissenschaft gilt, trifft für eine breitere Öffentlichkeit allemal zu.“

Wer, außer wenigen Spezialisten, weiß, daß in der Programmatik der frühen Arbeiterbewegung genossenschaftliche Selbsthilfeunternehmen einen höheren Stellenwert besaßen als etwa die gewerkschaftliche Organisation? Nur wenig bekannter dürfte die Tatsache sein, daß die mit der Arbeiterbewegung eng verbundene konsumgenossenschaftliche Bewegung bereits um die Jahrhundertwende eine

Massenorganisation mit mehr als einer Million Mitgliedern bildete. Konsumvereine erfassten in der Weimarer Republik, auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung, annähernd vier Millionen Haushalte, während es alle drei großen Gewerkschaftsverbände zusammen gerade auf knapp sechs Millionen Mitglieder brachten.“ [7]

Die Genossenschaft oder Cooperative ist eine weltweit praktizierte Organisationsstruktur, die garantieren soll, dass grundsätzlich keine Profite an Außenstehende fließen. Genossenschaften sind primär keine gemeinnützigen, sondern eigennützige Organisationen, die Ihren Mitgliedern Vorteile bringen sollen. Es zeigt sich aber, dass sie auch auf diesem Wege volkswirtschaftliche Bedeutung für alle Bürger des betreffenden Wirtschaftsbereichs haben, da sie in der Regel bessere Produkte zu niedrigeren Preisen liefern, damit den kapitalistischen Markt unter Druck setzen und somit sekundär gemeinnützig sind.

Dass Genossenschaften auf europäischer Ebene ein beachtlicher Wirtschaftsfaktor sind, bestätigt auch der Bericht der Kommission der Europäischen Gemeinschaften im Februar 2004: *„In der Europäischen Union gibt es mindestens 300.000 Genossenschaften, die 2,3 Millionen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Genossenschaften gibt es in allen Mitglieds- und Beitrittsländern der Europäischen Union (EU) und allen Kandidatenländern. Sie beeinflussen das tägliche Leben von über 140 Millionen Bürgern, die Mitglieder von Genossenschaften sind.“ [25]*

Genossenschaften stellen auch einen Raum dar, in dem kooperationsbereite Individuen unterschiedlichster Fähigkeiten und Fertigkeiten zusammenarbeiten können ohne von Anlegern und deren Renditegelüsten ausgeplündert zu werden. Wie erfolgreich das Konzept ist, lässt sich an den 800 Millionen Mitgliedern der weltweit existierenden Genossenschaften ablesen, die in unterschiedlichsten Ausprägungen eines einheitlichen, aus dem vorletzten Jahrhundert stammenden Grundmusters vertreten sind. Von diesen Mitgliedern leben

- in Europa über 140 Mio. Mitglieder in über 300.000 Genossenschaften mit 2,3 Mio. Arbeitsplätzen [25],
- in den USA über 100 Mio. Mitglieder in etwa 47.000 Genossenschaften [26],
- in Indien über 236 Mio. Mitglieder in etwa 504.000 Genossenschaften [27],
- in China 180 Mio. Mitglieder [28] etc.

Bemerkenswert ist, dass nur etwa 100 Millionen dieser 800 Millionen Mitglieder ihren Arbeitsplatz in Genossenschaften haben und damit 700 Millionen außerhalb dieser Genossenschaften arbeiten, also Konsumenten sind. Während also weltweit 12,5% der Genossenschaftsmitglieder ihren Arbeitsplatz in diesen Genossenschaften haben, entfallen nach dem Bericht der Europäischen Kommission in Europa nur 1,6 Arbeitsplätze auf 100 Genossenschaftsmitglieder, in Deutschland sind es 3,5 Arbeitsplätze auf 100 Genossenschaftsmitglieder..

Auf europäischer Ebene hat sich nach dem Aufruf des Europäischen Parlaments von 1983

- die Europäische Vereinigung der Genossenschaftsbanken (Groupement Européen des Banques Cooperatives - EACB),
- die Fachvereinigung der landwirtschaftlichen Genossenschaften (Comité Général de la Coopération Agricole de l'UE - COGECA),
- die Fachvereinigung der gewerblichen Genossenschaften (Union des Groupements de Commerçants indépendants de l'Europe – UGAL),
- The European Confederation of cooperatives and worker-owned enterprises active in Industry and services - CECOP und
- der Koordinierungsausschuss der Europäischen Genossenschaftsverbände (Comité de Coordination des Associations de Cooperatives Européennes - CCACE)

gegründet.

Auf internationaler Ebene gibt es

- die Internationale Raiffeisen-Union - IRU und

- den Internationalen Genossenschaftsbund (International Cooperative Alliance - ICA)

Auf die detaillierte Darstellung der vielen nationalen, europäischen und globalen Verbände und Einrichtungen zur Förderung des Genossenschaftsgedankens und dergleichen wird hier bewusst verzichtet, weil ihnen die für die Solidarische Ökonomie erforderliche Basisorientierung fehlt. Hauptsächlich vorzuwerfen ist diesen Verbänden zudem die unzureichende Förderung der internationalen Kooperation der Genossenschaften und ihrer 800 Millionen Mitglieder, das Fehlen von allgemein zugänglichen Zeitungen, Strategiediskussionen, attraktiver Internetpräsenz etc.

Eine Dokumentation der nationalen Genossenschaftsverbände und der Zahl der Genossenschaftsmitglieder der jeweiligen Länder kann bei der International Co-Operative Alliance (ICA) [28],[29] eingesehen werden.

Auf einer Sommeruniversität von Attac Frankreich in Arles im Jahr 2001 gab es einen runden Tisch "Solidarwirtschaft - Illusion oder Weg in die Zukunft"[30]. Dort wurde über die unerwartete Aufmerksamkeit berichtet, die die Schaffung eines Staatssekretärs für Solidarwirtschaft in Frankreich hervorgerufen hat. Die Initiativen einer Solidarwirtschaft zielten darauf ab, dass die BürgerInnen sich aktiv wieder Teile des Austauschs, der Verteilung und der Produktion aneignen, und damit eine "humane" Wirtschaft vorantreiben wollen.

Die Gesellschaften innerhalb der freien Marktwirtschaft hätten es trotz eines Wachstums auf mittlerweile höchster Stufe nicht erreicht, eine Fortschrittsdynamik in Gang zu setzen, von der alle profitieren könnten. Auch die Revolution der Informationstechnologie habe phantastische Versprechungen geweckt: Hoffnungen auf eine Welt, in der die Maschine den Menschen dank des Phänomens der Automation zunehmend von Produktionsaufgaben befreien würde und in der die Natur stärker respektiert werden könnte.

Es wurde bemängelt, dass die technologische Entwicklung an einen Markt gekoppelt ist, auf dem der Staat national und international den Privatinteressen immer weniger Einhalt gebietet und auf dem Angebot und Nachfrage künftig auch jene Bereiche besetzt, die sich traditionell Marktanbindungen entzogen haben.

Unter der Vielzahl der aufgeführten praktischen Beispiele der Demokratisierung der Wirtschaft wird der Vorzug der Solidarwirtschaft gegeben, die den Aufbau eines Kollektivvermögens betreibt. 30% der europäischen Bevölkerung seien Mitglied in einer Organisation, die zur Solidarwirtschaft zu zählen ist.

Ziel dieser Unternehmungen ist es nicht, möglichst hohe Gewinne zu erwirtschaften, sondern zu den geringsten Kosten und so gut wie möglich ihre Mitglieder und Teilhaber zufrieden zu stellen. So halten z.B. die Genossenschaftsbanken mit ihren 36 Millionen Teilhabern und ihren 91 Millionen Kunden 17% des europäischen Binnenmarktes (21% in Deutschland, 37% in Frankreich etc.) und die genossenschaftlichen Versicherungen und Vereine auf Gegenseitigkeit beherrschen fast 30% des westeuropäischen Marktes.[30]

Brasilien hat mit Paul Singer ebenfalls einen Staatssekretär für Solidarische Ökonomie. Er sieht neben dem Aufbau eines wirkungsvollen Genossenschaftswesens in Brasilien auch die umfassende Kartierung der global existierenden Genossenschaften mit ihren Betätigungsbereichen und Intentionen als eine wesentliche Aufgabe an. Brasilien ist deshalb das Land, in dem weltweit die erste systematische Kartierung von Genossenschaften begonnen wurde.

Diese Genossenschaften stellen Keimzellen einer anderen Wirtschaftsordnung dar und sollten weltweit zu gemeinsamem Handeln aufgerufen werden. Während in Deutschland die Gebrüder Albrecht (Aldi, Vermögen zusammen etwa 50 Mrd. Dollar, Umsatz 2008 etwa 40 Mrd. Euro) die mit Abstand reichsten Personen sind und weltweit zu den 10 reichsten Personen avancierten, hatte z.B. in der Schweiz die Konsumgenossenschaft Migros im Jahr 2007 einen mit Aldi-Nord bzw. Aldi-Süd vergleichbaren Umsatz von über 20 Mrd. SFR. Die Gewinne werden allerdings bei Migros entsprechend den Grundsätzen von Genossenschaften nicht wie bei Aldi privatisiert, sondern sind den

Preisen, den Gehältern, den Lieferanten und Erzeugern sowie der Infrastruktur zugute gekommen.

Ökologischer Vorteil der durch Verbraucher gesteuerten Produktion ist, dass nicht auf Vorrat, sondern nur das produziert wird, was auch direkt verlangt wird, während die produzentengesteuerte Wirtschaft im Mittel ein um 20% über dem Bedarf liegende Produktion liefert und wegen des Marktdrucks die Ausschaltung von Konkurrenten über ständige Expansion anstrebt.

Allerdings ist die Infrastruktur in vielen Bereichen in die Hände von Profiteuren geraten. Woher soll nun das Geld für den Rückerwerb der Infrastruktur („Recommonalisierung“!) kommen? Der Staat hat kein Geld, ja musste sich bereits von einem Teil seines Eigentums trennen. Bleiben also nur Konsument und Produzent. Der Produzent ist bereits mit der Produktion ausreichend belastet, der Konsument andererseits musste ja bisher mit dem Preis der Ware sowieso schon alles, speziell auch die Profite der Investoren, finanzieren.

Schon 1913 stellt Gustav Landauer im zweiten seiner drei Flugblätter fest: *"Einst war die Sozialdemokratie auf Grund der unsinnigen Lehren von Karl Marx der Todfeind der Genossenschaften, heute werden die Genossenschaften in manchen Bezirken schon fast von Partei wegen gegründet, obwohl die Genossenschaftsbewegung immer noch das Stiefkind der Sozialdemokratie ist. Aber doch haben die Arbeiter, die ihren Konsum zusammengetan haben, schon eigene Fabriken, Großbäckereien, Schlächtereien, eine Großeinkaufsgesellschaft mit eigenen Dampfmaschinen. Wo kam das Geld her zu diesen vielen Grundstücken, Baulichkeiten, Fabriken und Maschinen? Sie haben ihre Kundschaft organisiert! Kundschaft ist Kredit; Kredit ist wirtschaftliche Macht.*

Die organisierte Kundschaft ist der Arbeitgeber im beginnenden Sozialismus; anders und besser ausgedrückt: Im Sozialismus wird für den Konsum produziert; die Arbeitgeber sind die Konsumenten, die Arbeitnehmer die Produzenten; und beides sind dieselben Personen, und es gibt keine Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr. ... Nicht die Lohnkämpfe der für den Kapitalismus Produzierenden schaffen den Sozialismus. Der Sozialismus beginnt mit der Organisation des Konsums. Die Organisation des Konsums schafft den für ihre Gemeinsamkeit arbeitenden Menschen die wirtschaftliche Macht und ihren Sachausdruck: gegenseitigen Kredit, Grundstücke, Baulichkeiten, Fabriken, Maschinen und alles, was not tut. Die Organisation des Konsums nimmt den schmarotzenden und anhäufenden Machthabern die wirtschaftliche und damit jegliche Macht: das Kapital, den Wert ihres Geldes, die Arbeiter, die Möglichkeit, ohne produktive Arbeit zu leben." [31]

An der kapitalgedeckten Alterssicherung („Riester-Rente“) des Mittelstandes bei der ja bereits über 400 Milliarden Euro zusammengekommen sind, läßt sich erkennen, dass das Geld für genossenschaftliche Projekte und Transaktionen in dieser Gesellschaft prinzipiell vorhanden ist.

Trotz aller Behinderungen durch das Dritte Reich, die neoliberalen Verlockungen und Erpressungen in der BRD [22] und die zentralistischen Zwänge der DDR können die Genossenschaften in Deutschland einen kontinuierlichen Mitgliederzustrom (1960: ca. 10 Mio., 1980: ca. 13 Mio. und 2000 ca. 20 Mio. Mitglieder [32]) verzeichnen. Produktivgenossenschaften dagegen sind trotz aller Bemühungen von SPD und Gewerkschaften weder ökonomisch erfolgreich, noch weisen sie entsprechende Mitgliederzahlen auf. Einkaufsgenossenschaften wie z.B. Edeka und Rewe sind zwar ökonomisch erfolgreich, doch unterscheiden sie sich in ihren Praktiken bezüglich Arbeitnehmer, Verbraucher und Lieferant praktisch nicht von der profitmaximierenden Konkurrenz.

Sowohl aus finanziellen wie auch systematischen Gründen ist zu klären, in welchem Produktbereich, auf welcher Ebene einer Produktionskette, und von welchem Akteur genossenschaftliche Strukturen etabliert werden sollen. Grundsätzlich sollten Produktionsketten nur vom Verbraucher her schrittweise „stromaufwärts“ - wie Gorz sagt - einbezogen werden. Es sollten Produkte sein, die nachhaltig und für die Reproduktion unverzichtbar sind.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob die 1902 erfolgte Trennung der Produktivgenossenschaften von den Konsumgenossenschaften rückgängig gemacht und auch eine intensivere Kooperationen der entscheidenden Genossenschaftsverbände sinnvoll sein könnte. Zumindest ist klar,

dass die Frage „wer was wie“ produziert nur an der Schnittstelle Konsument-Produzent beantwortet und die Entscheidung über Funktionalität und Design nur im direkten Dialog von Konsument und Produzent bereits vor der Herstellung der Produkte getroffen werden kann.

Web 2.0-Techniken werden im Bereich der Open-Source-Initiativen und der Peer-Ökonomie bereits eingesetzt. Diese Ansätze sollten zusammengeführt und mit den genossenschaftlichen Initiativen sinnvoll ausgebaut werden.

In Deutschland waren aus unzureichenden konzeptionellen und strategischen Gründen viele Genossenschaften zum Scheitern verurteilt und damit die Organisationsform Genossenschaft als Nischenökonomie und Bürokratiemonster in Verruf geraten. Genossenschaften spielen allerdings, nachdem Parteien und Gewerkschaften den „Sozialstaat“ nicht dauerhaft retten konnten, in der gegenwärtigen politischen Diskussion wieder eine zunehmend zentralere Rolle.

Es muss deshalb genauestens untersucht werden,

- wie einerseits die Genossenschaften bis zum Dritten Reich zu ihrer immensen Blüte aufsteigen konnten,
- wie andererseits das häufige Scheitern danach zu erklären ist, welcher Teil des Scheiterns auf das neoliberale Umfeld und welcher - trotz der umfangreichen historischen Erfahrungen - auf die Struktur und die Strategie der Genossenschaften selbst zurückzuführen ist und
- welche Genossenschaftstypen und -strategien im neoliberalen Umfeld erfolgreich sind.

Emotionaler Aktivismus darf die Suche nach einer krisenfesten Strategie nicht überlagern. Bereits finanzielle Forderungen an den Staat lassen gegenüber dem Willen, das bestehende ökonomische System abzulösen, Zweifel aufkommen. Auch den kapitalistischen Markt als Austauschene der Produktion beibehalten zu wollen, weicht dem grundsätzlichen Ziel, die Profitmaximierung zu beseitigen, in fataler Weise aus.

Im übrigen ist zu berücksichtigen, dass nicht nur die konventionellen sondern auch alle alternativen Projekte, die seit dem 2. Weltkrieg in Deutschland oder den USA gestartet wurden, von dem gigantischen Boom der westlichen Welt profitiert haben und keine ernsthaften Krisen überstehen mussten. Die Spreu wird sich erst jetzt in der Krise vom Weizen trennen.

Die lateinamerikanischen Cooperationen können als verlässliche Beispiele nicht herangezogen werden, da sie sich nicht mehr im rein neoliberalen Umfeld behaupten müssen und eine ganz andere staatliche und politische Unterstützung erfahren. So ist beispielsweise der Staat oft auch Abnehmer der gesamten Produktion.

8. Schlussbetrachtung

Trotz aller Behinderungen seitens des Kapitalismus und des Sozialismus hat sich die Idee der der Genossenschaften und speziell der Reproduktionsgenossenschaft erhalten und kann heute auf mehrfach höhere und weiter steigende Mitgliederzahlen verweisen als Parteien und Gewerkschaften, deren Mitglieder sich enttäuscht und verärgert von ihrer Organisation zurückziehen.

Besser als es Claudia Maria Miotti für die Schweizer Migros in ihrer Seminararbeit an der Universität Zürich - trotz massivster Kritik an Migros im Einzelnen - formuliert hat [33], lässt sich die Bedeutung von Reproduktionsgenossenschaften für Individuum und Gesellschaft kaum darstellen:

„Von der wirtschaftlichen Tätigkeit einer [Konsumgenossenschaft wie] Migros profitieren in erster Linie die Konsumenten, als sie in den Genuss billiger Preise, guter Qualitätsware und Dienstleistungen kommen und - betrachtet man ganz allgemein die wettbewerbsbelebende und preisregulierende Funktion, welche den Konsumgenossenschaften zugeschrieben wird - die Gesellschaft.

Von der nichtwirtschaftlichen Tätigkeit (angesprochen ist hier v.a. die kulturelle Seite) profitiert

zunächst der einzelne, sei es als Besucher eines verbilligten Konzerts, als Kursteilnehmer einer Klubschule, als Gesuchsteller für ein kulturelles oder soziales Projekt oder aber als Empfänger vorgesehener sozialer Leistungen (etwa Hilfe für Ausländer, Katastrophenhilfe, Behindertenhilfe etc.). Begreift man Kultur, Kunst, Wirtschaftspolitik und soziale Hilfestellung darüber hinaus als Beitrag an die Lebensqualität der Bevölkerung und deren Auseinandersetzung mit der Gesellschaft, geht der Nutzen über jenen des einzelnen weit hinaus.

Auch vom Engagement in Umweltbelangen, Ethik und der nachhaltigen Entwicklung profitiert letztlich die Gesellschaft, als die eine Konsumgenossenschaft für sie die Verantwortung gegenüber der Umwelt und Menschheit wahrnimmt. Daneben profitieren auch die Mitarbeiter etwa von einer fortschrittlichen Mitarbeiter- und Lohnpolitik und natürlich auch die Mitglieder. Sie profitieren jedoch weitgehendst im selben Umfang wie die Nichtmitglieder von der Gesamtheit der von der Migros erbrachten Leistungen für die Konsumenten, dazu kommen einige besondere Zuwendungen und Privilegien.“

Es kann wohl nicht von allen Eigentümern von Einzelhandelsketten verlangt werden, dass sie ihren Besitz wie Duttweiler ihrer Kundschaft schenken, aber, so gut wie es Duttweiler allein geschafft hat, einen Vertrieb von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen aus dem Nichts aufzubauen, müsste es vielen Konsumenten gemeinsam auch gelingen, ihre Selbstversorgung aufzubauen.

Da sich das System der Reproduktionsgenossenschaften über die Aufhebung der Trennung von Konsument und Produzent so nachhaltig bewährt hat, sollte es im Interesse von Individuum und Gesellschaft als profitminimierendes Instrumentarium und doch wohl einzige wirksame Strategie gegen die Profitgier der neoliberalen globalen Finanzmärkte auch seitens des Staates, der Parteien und Gewerkschaften ernsthafte politische Unterstützung erfahren.

Literaturverzeichnis

1. Elinor Ostrom: Gemeingütermanagement - eine Perspektive für bürgerschaftliches Engagement. In: Silke Helfrich: Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter, oekom München, 2009
2. Elinor Ostrom: Die Verfassung der Allmende - Jenseits von Staat und Markt. Siebeck, 1999
3. Eddo Compant: Kapitalistische Entwicklungswege bei der Genossenschaft. Haag+Herchen, Frankfurt Main, 1977
4. Hermann Priebe: Die subventionierte Unvernunft. Siedler-Verlag Berlin 1985,
5. Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. 1845 Dietz, 1976
6. Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_459.htm#ZT22, 1848
7. Klaus Novy und Michael Prinz: Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft. Dietz, Berlin 1985a.,
8. Erwin Hasselmann: Geschichte der Deutschen Konsumgenossenschaften, COOP Verlag GmbH, Hamburg, 1971
9. Arno Mersmann: Wirtschaftliche Selbsthilfe und Selbstverwaltung als politische Bewegung. In: Klaus Novy, Bodo Hombach, Frank Karthaus, Ulrich Bimberg, Arno Mersmann, Albert Schepers (Hrsg.): Anders Leben - Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Berlin/Bonn, 1985
10. Victor Aimé Huber: Die Selbsthilfe der arbeitenden Klasse durch Wirtschaftsvereine und innere Ansiedlung., 1848
11. Walter Hesselbach: Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen - Instrumente gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Struktur- und Wettbewerbspolitik. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt

1971,

12. Franz Staudinger: Von Schulze-Delitzsch bis Kreuznach. Genossenschaftliche Volksbücher Nr. 2, Hamburg, 1903
13. Karl Marx: Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen, http://www.mlwerke.de/me/me16/me16_190.htm ,
14. Friedrich Engels: Das Auftreten Mazzinis gegen die Internationale. http://www.mlwerke.de/me/me17/me17_390.htm ,
15. Freie Gewerkschaften: Zitiert nach: Klaus Novy et. al.: Anders Leben -Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur. Dietz, Berlin 1985b.,
16. Internationaler Sozialisten- und Gewerkschaftskongress: Zitiert nach Klaus Novy et al. (1985b),
17. Klaus Novy et al. (Hrsg.): Anders Leben - Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Berlin/Bonn, 1985b
18. Burghard Bösche, Jan-Frederik Korf: Chronik der deutschen Konsumgenossenschaften – 150 Jahre Konsumgenossenschaften in Deutschland, 100 Jahre Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V., www.zdk-hamburg.de/download/Chronik_ZdK_Text.pdf ,
19. Jan-Frederik Korf: Von der Konsumgenossenschaftsbewegung zum Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront – Zwischen Gleichschaltung, Widerstand und Anpassung an die Diktatur. Books on Demand GmbH, Norderstedt, 2008,
20. Erik Nölting: Wirtschaftsformen gestern, heute und morgen – Nach einem auf dem 3. deutschen Genossenschaftstag in Köln am 07.09.1949 gehaltenen Vortrag. Verlag des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e.V., 1949,
21. Michael Krätke, Karl Heinz Roth: Schriften zur Geschichte und Kritik der Politischen Ökonomie – Vorbemerkung der Herausgeber. In: Bernhard Walpen: Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. VSA Hamburg 2004, 2004
22. Brett Fairbairn: Wiederaufbau und Untergang der Konsumgenossenschaften in der DDR und in der Bundesrepublik 1945 bis 1990. IWK, 34 (1998), 2, 171,
23. Harri Czepuck: Glasperlenspiel - Entschädigungslose Enteignung: Wie die Berliner Konsumgenossenschaft gerettet werden sollte. Junge Welt, 6.3.2004, <https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/2004/03-06/005.php>,
24. Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen (BARoV): BverwG, Urteil vom 6. Juni 2002, Az. 7 C 7.02: Rechtsnachfolge; Konsumgenossenschaft; Zwangsauflösung etc. <http://www.barov.bund.de/service/rechtsprechungsuebersicht/rue2002/12-2002.pdf>,
25. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, und der Ausschuss der Regionen über die Förderung der Genossenschaften in Europa. Brüssel, den 23.2.2004. http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004_0018de01.pdf ,
26. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Konsultationspapier – Genossenschaften im Unternehmen Europa. ec.europa.eu/enterprise/entrepreneurship/coop/consultation/doc_de.pdf,
27. Sawai Singh Sisodia: Die Genossenschaftsbewegung in Indien: Probleme und Herausforderungen. <http://www.iru.de/de/publikationen/courier/1-01/Deutsch-7.html>,
28. International Co-Operative Alliance (ICA): Statistical Information on the Co-operative Movement. <http://www.ica.coop/members/member-stats.html>,
29. International Co-Operative Alliance (ICA): ICA Member Organisations. <http://www.ica.coop/members/index.html>,
30. Eme Bernard, Laville Jean-Louis, Marechal Jean-Paul: Solidarwirtschaft - Illusion oder weg in die

- Zukunft? 2001. <http://www.france.attac.org/spip.php?article3190>,
31. Gustav Landauer: Drei Flugblätter (1913), 2. Was ist zunächst zu tun?, <http://www.anarchismus.at/txt3/landauer6.htm>,
 32. Vera Herweg: Können Genossenschaften als Gemeinschaften bezeichnet werden? Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Institut für Soziologie, Seminar "Vergemeinschaftung und Gemeinschaftsbildung" Prof. Matthias Grundmann Wintersemester 2001/02. <http://www.unimuenster.de/Gemeinschaftsforschung/Arbeitsgruppe/AG%20Genossenschaften.pdf>,
 33. Claudia Maria Miotti: Fallstudie am Beispiel des Migros-Genossenschafts-Bundes: "Non-Profit" - Wer profitiert wirklich? Seminararbeit im Rahmen des interdisziplinären Seminars "Der Homo oeconomicus und die Freiwilligenarbeit" des Rechtswissenschaftlichen Institutes der Universität Zürich, WS 2002/2003. rwiweb.uzh.ch/vdc/seminare/WS02/Seminararbeiten/Claudia%20Miotti.pdf, 2003